

Thomas Herz

Politische Kultur im neuen Staat Eine Kritik der aktuellen Forschung¹

Im folgenden sollen einige Ideen erörtert werden, die aus einem Forschungsprojekt entstanden sind, das sich mit Konflikten um die NS-Vergangenheit nach 1945 befaßt. In diesem Projekt werden einerseits so bekannte Fälle wie Globke oder Filbinger analysiert, andererseits eher lokal begrenzte Vorgänge wie der Konflikt um vermeintlich neonazistische Tendenzen in der oberbergischen Kleinstadt Waldbröl im Jahr 1986. Den Ansatz unseres Projektes werde ich auf einige politische Probleme nach der deutschen Vereinigung und auf die Frage nach der gegenwärtigen und künftigen politischen Kultur in Deutschland beziehen.

Zwei Merkmale der politischen Kultur sollen in diesem Artikel behandelt werden. Erstens bin ich der Meinung, daß Konflikte der wichtigste Gegenstand einer politisch-kulturellen Analyse sind, was jedoch in der konventionellen politischen Kulturforschung nicht sichtbar wird. Zweitens ist nach meiner Auffassung der Nationalsozialismus immer noch ein zentraler Bezugspunkt für das politische Handeln und die Veränderung der politischen Kultur in Deutschland. In der Gewalt rechtsradikaler Gruppen der letzten Jahre treffen beide Elemente auf brisante Weise zusammen. Konflikte brechen auf, in denen Menschen gejagt, maltrahiert und ermordet werden. Gedenkstätten, die an die Ermordung der Juden während des NS-Zeit erinnern sollen, werden geschändet. Rechtsradikalismus hat in Deutschland immer einen Bezug zum Nationalsozialismus, und die Benutzung der Embleme und Symbole erscheint mir in den letzten Jahren besonders unverblümt.

Was geschieht da eigentlich? Auf diese Frage werden verschiedene Antworten gegeben. Manche sprechen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, andere schränken beschwichtigend ein, daß sich die Angriffe »nur« gegen Asylbewerber richten, während wieder andere glauben, nur die Sinti

1 Dieser Artikel entstand im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojektes (He 768/5-2).

und Roma aus Rumänien seien die Opfer. Einige sind der Meinung, die Randalierer seien nicht rechtsradikal, sie wüßten nicht, was rechts und was links ist, während manche die enge Beziehung zwischen Ideologie und Handlung betonen. Deutungen und Interpretationen sind selbst Teil derartiger Konflikte. Wie Ereignisse, Personen und Handlungen benannt, klassifiziert und gezählt werden, übt einen entscheidenden Einfluß auf die Handlungen der Kontrahenten aus und vor allem auch auf die Wahrnehmung und die Reaktion von Dritten. Hier spielt die politische Kulturforschung eine wichtige Rolle. Sie ist es, die die Begriffe liefert, die die Wahrnehmungen und Deutungen von Politikern, Staatsanwälten, Richtern, Kriminalbeamten und Polizisten beeinflusst.

Ich möchte im folgenden aufzeigen, daß die konventionelle politische Kulturforschung die wichtigsten Merkmale der sich verändernden politischen Kultur - ihre Konflikthaftigkeit und ihren Bezug zum Nationalsozialismus - teils völlig ignoriert, teils in einer spezifisch unzulänglichen Weise interpretiert. Fragen werden gestellt, deren Beantwortung es erlaubt, brisante Themen zu umgehen. Die Antworten wiederum beschönigen die Situation. Meine These ist, daß sowohl die Fragen wie die Antworten der konventionellen politischen Kulturforschung der Stabilisierung von politischer Herrschaft dienen. Dazu werde ich im ersten Teil des Aufsatzes einen Interpretationsrahmen entwerfen, der besser als die konventionelle Forschung dazu geeignet ist, die Veränderung der politischen Kultur zu erfassen. Im zweiten Teil werden die Interpretationen der gegenwärtigen politischen Kultur dargestellt und kritisiert. Schließlich führe ich im dritten Abschnitt die aufgezeigten Schwächen auf die Defizite des gesamten Ansatzes der politischen Kulturforschung zurück.

1. Ein »konflikttheoretischer« Ansatz zur Untersuchung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit

An den Anfang dieses Abschnittes möchte ich die These stellen, daß allen Formen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit die Erzeugung einer legitimen Sichtweise dieser Vergangenheit gemeinsam ist. Ich denke hier an die begrifflichen und theoretischen Analysen Pierre Bourdieus, der in immer neuen Anläufen die Bedeutung der Benennung und Klassifikation von Personen, Gruppen und Klassen, von Handlungen und Institutionen hervorhebt (Bourdieu 1990; 1992a: 81ff.; 1992b: 135ff).

»Es sind die Wahrnehmungskategorien, die Klassifikationssysteme, das heißt, im wesentlichen, die Wörter und Namen, die die soziale Wirklichkeit sowohl konstruieren als auch zum Ausdruck bringen, um die der politische Kampf wesentlich geht, der Kampf um die Durchsetzung des legitimen Prinzips von Vision und Division...« (Bourdieu 1992b: 148). An anderer Stelle heißt es weiter: »Am deutlichsten aber wird die Wirkung der Repräsentationen bei der

Entstehung von Gruppen, insbesondere die Wirkung der Wörter, der Losungsworte und Theorien, die zur Schaffung einer Gesellschaftsordnung beitragen, indem sie für die Durchsetzung der Prinzipien der sozialen Gliederung und im weiteren Sinne der symbolischen Macht des ganzen Polit-Theaters sorgen, das die Vorstellung von der Welt und die politischen Gliederungen real und offiziell werden läßt« (Bourdieu 1990: 106).

Benennungen, Klassifikationen, »Vision und Division« tauchen in vielen Kontexten auf. Für jede Gesellschaft, die einen radikalen Wandel vollzogen hat, stellt sich das Problem der Abgrenzung von den Institutionen und Handlungsweisen, die nicht mehr gelten sollen. Gleichzeitig müssen neue Institutionen und Handlungsmuster legitimiert werden. Je verabscheuungswürdiger das alte System gewesen ist, umso radikaler muß der Bruch sein. Das erklärt, warum der Nationalsozialismus das zentrale Bezugsereignis für die politische Kultur in der Bundesrepublik ist (Lepsius 1988).

Der radikale Bruch mag behauptet werden, tatsächlich gab es ihn nicht. Dafür ist nicht nur, wie Bergmann und Erb (1986) schreiben, die personelle Kontinuität, sondern auch die Kontinuität von Denkweisen und Handlungen verantwortlich. In den vielen Konflikten über die NS-Zeit, die seit 1945 stattgefunden haben, spielte zwar die personelle Kontinuität eine wichtige Rolle; die Namen Globke und Oberländer sind die vielleicht bekanntesten. Aber es gab viele antisemitische Ausschreitungen und Versuche, unter die Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen, die nicht auf personelle Kontinuität zurückgeführt werden können. Weder »Bitburg« noch »Jenninger« passen in dieses Schema. Rechtsradikale Ausschreitungen stellen erneut die gelungene Abgrenzung vom Nationalsozialismus in Frage. Gemeinsam ist allen diesen und weiteren Fällen, in denen die NS-Zeit zu einer Kontroverse führte, daß eine Norm, die den korrekten Umgang mit der NS-Vergangenheit reguliert, gebrochen wird (Schwab-Trapp 1992). Um den Bruch entsteht ein Konflikt. Es scheint mir, daß Konflikte das Paradigma des Umgangs mit der NS-Zeit sind, und daß man - ausgehend von den Merkmalen von Konflikten - auch die Formen des Umgangs mit der Vergangenheit beurteilen und analysieren muß, die nicht unmittelbar als Konflikte erscheinen.

Konflikte entstehen um (vermeintliche) Verletzungen von Normen. Zwei oder mehr Parteien tragen ihre Deutungen eines fragwürdigen Verhaltens aus. Da jede (vermeintliche) Verletzung von Normen, die den korrekten Umgang mit der NS-Vergangenheit regelt, die Abgrenzung zum Nationalsozialismus in Frage stellt, gibt es starke Interessen, die Verletzung als inexistent zu deklarieren. Da die gelungene Abgrenzung vom Nationalsozialismus die neue politische Kultur und die gesellschaftlichen Verhältnisse legitimiert, ist jeder Streit um die NS-Zeit in letzter Konsequenz auch ein Legitimitätskonflikt. Das wiederum bedeutet, daß diejenigen Institutionen und Personen, die ein Interesse an den bestehenden Verhältnissen haben,

auch bemüht sein werden, Konflikte zu deeskalieren. Sie tun dies durch verschiedene Normalisierungsstrategien, die den Bruch der Normen als nicht-existent oder mit anderen Normen kompatibel deklarieren. Ich nehme an, daß staatliche Institutionen und deren Repräsentanten, die großen Parteien (vor allem Regierungsparteien) und Organisationen der Wirtschaft, die ein Interesse an der bestehenden Ordnung haben, auf Seiten der Normalisierer agieren werden. Globke wurde von der Normalisierungsseite als Widerstandskämpfer und Helfer von Juden hochstilisiert (Boumann 1992). Bundeskanzler Kohl versuchte 1984 mit dem Slogan von der »Gnade der späten Geburt« die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel auf eine »normale« Basis zu stellen (Althoff 1993). Er war es auch, der in Bitburg einen »Schlußstrich« unter die NS-Vergangenheit zu ziehen suchte, um damit die Bundesrepublik als einen »normalen« Staat deklarieren zu können.

Diejenigen, die das inkriminierte Verhalten kritisieren, verwenden häufig Dramatisierungsstrategien. Sie eskalieren den Streit und fordern damit die Vertreter der bestehenden Ordnung heraus. Ich nehme an, daß zu ihnen Oppositionsparteien sowie Minderheiten und Außenseiter gehören. Globke wurde von den Dramatisierern immer wieder als Kommentator der »NS-Rassengesetze« kritisiert. Kohl wurde während seiner Reise nach Israel 1984 als »Elephant im Porzellanladen« bezeichnet, der die empfindlichen Beziehung zwischen den beiden Staaten zertrampelte (Schab-Trapp 1992). Wenn es richtig ist, daß NS-Konflikte die Legitimität der bestehenden Verhältnisse in Frage stellen, dann ist die Verletzung einer Norm, die den Umgang mit dem Nationalsozialismus regelt, auch die Verletzung einer fundamentalen Norm. Sie würde zu den Normen gehören, die Durkheim (1986) zum »Kollektivbewußtsein« zählt und deren Verletzung heftige und gemeinsame Abwehrreaktionen hervorruft. Jüngst hat Garland (1991) darauf hingewiesen, daß es Durkheim an einer klaren theoretischen Vorstellung vom Konflikt fehlt. Im Gegensatz zu Durkheim muß angenommen werden, daß gemeinsame Überzeugungen, Werte und Normen auf die Macht und Durchsetzungsfähigkeit von herrschenden Gruppen zurückzuführen sind (Garland 1991: 23ff). »Wenn in einer Gesellschaft kollektive Überzeugungen in einer historischen Periode sich etablieren, dann muß man sie als das (vielleicht temporäre) Ergebnis eines Kampfes zwischen konkurrierenden Kräften und Mächten sehen, anstatt sie als das Resultat angemessener oder funktionaler Bedingungen einer solchen Gesellschaft zu betrachten« (Garland 1991: 52; Übers. T.H.).

Hier treffen sich Bourdieus und Garlands Theorien, indem sie die Erzeugung von Weltbildern und Interpretationen der Vergangenheit als eine Strategie von Gruppen betrachten, mit deren Hilfe Herrschaft erzeugt und/

oder stabilisiert wird. Das sehe ich als die gemeinsame Basis für die Analyse aller Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in Deutschland seit 1945 und auch der DDR-Vergangenheit.

Auch die politische Kultur ist nach dieser Theorie eine Wahrnehmungsweise, die sozial und kulturell produziert wird. Dazu tragen Wissenschaftler bei. Sie sind Teil der Auseinandersetzung um eine legitime Sicht der Vergangenheit. Wenn nun diese Vergangenheit in Form von Ausschreitungen gegen Ausländer, Gewalt gegen »Fremde«, Schändung von jüdischen Friedhöfen und NS-Gedenkstätten wieder auftaucht, wie wird sie dann von der politischen Kulturforschung interpretiert? Die hier vertretene These ist, daß sie durch die Benennung, Klassifikation und Deutung der Vorgänge, insbesondere in ihrer Beziehung zur NS-Vergangenheit, zur Stabilisierung der politischen Herrschaft beiträgt. Der Grund hierfür sind bestimmte Defizite der konventionellen politischen Kulturforschung, die es ihr nicht möglich machen, die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten angemessen zu erklären.

2. Die Erzeugung einer politischen Kultur durch Wissenschaft

Zwei Beobachtungen sollen den folgenden Ausführungen vorangestellt werden. Erstens zeigen die Ereignisse seit 1989, daß der Nationalsozialismus immer noch eine erhebliche Bedeutung für die politische Kultur Deutschlands besitzt. Die NS-Vergangenheit kehrt wieder in der Form von NS-Symbolen, in den antisemitischen Anschlägen und Parolen und in den Attacken auf Ausländer. Die NS-Vergangenheit wird benutzt, um die DDR-Vergangenheit zu »vermessen«, und die »Aufarbeitung der Vergangenheit« nach 1945 wird mit derjenigen nach 1989 verglichen. Politiker und Intellektuelle, Journalisten und Wissenschaftler, Skinheads und Rechtsradikale stellen diese Verbindung her. Jugendliche benutzen die NS-Symbolik in einem Ausmaß, das bisher unbekannt war. Die öffentliche Anwendung von NS-Emblemen und die bewußte Nutzung des Nationalsozialismus in politischen Auseinandersetzungen war bisher verpönt. Wir können ein Bruch von Normen registrieren, die tief und fest in der Gesellschaft verankert schienen.

Zweitens hat die Gewalt von Rechts nie solche Ausmaße erlangt wie in den letzten Jahren. Überhaupt ist die Zahl gewalttätiger Ausschreitungen seit 1945 nie so groß gewesen wie seit 1989.² Diese Gewalt richtet sich zudem gegen Personen. Das Gewaltmonopol des Staates wird gebrochen, ein Mo-

2 Das Bundeskriminalamt meldet für das Jahr 1992 3300 Anschläge mit rechtem politischem Hintergrund. 1991 waren es 1871 (FAZ vom 6. April 1993).

nopol, welches nicht nur institutionell gesichert ist, sondern auch durch Sozialisation und durch kulturelle Vorgänge, z.B. durch die Proteste gegen den Golfkrieg 1991 mit ihrem pazifistischen Impetus, gestützt wird. Wir haben es hier mit fundamentalen Veränderungen der politischen Kultur in Deutschland zu tun. Wie geht die konventionelle politische Kulturforschung nun damit um? Um die spezifischen Merkmale dieser Forschung herauszuarbeiten, beginne ich mit einigen Zitaten aus jüngeren Untersuchungen der politischen Kultur in Deutschland.³

Das vorherrschende Paradigma der politischen Kulturforschung kommt in der folgenden Definition zum Ausdruck: Unter politischer Kultur wird danach die »subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme« verstanden. Diese »umfaßt die Gesamtheit aller politisch relevanten individuellen Persönlichkeitsmerkmale, latente, in Einstellungen und Werten verankerte Prädispositionen zu politischem Handeln - auch in ihrer symbolhaften Ausprägung - und hieraus abgeleitetes politisches Verhalten« (Berg-Schlosser 1990: 30). Dem überwiegenden Teil der politischen Kulturforschung liegt diese Definition implizit oder explizit zugrunde (z.B. Almond 1980; Berg-Schlosser/Schissler 1987; Conrath 1980; Dalton 1989). Die Forschungsergebnisse aus Untersuchungen zur politischen Kultur in Deutschland ergeben sich praktisch zwangsläufig aus diesem Paradigma. In seiner Analyse der politischen Kultur nach der Vereinigung kommt Berg-Schlosser zu folgendem Schluß:

»Inhaltlich hat sich die deutsche politische Kultur in wesentlichen Aspekten westeuropäischen Mustern angenähert. Hieran würde auch eine - wie auch immer konkret gestaltete - Angliederung der DDR, zumal es an zugkräftigen Alternativen und Deutungsmustern fehlt, wenig ändern (...) Insgesamt ergibt sich also ein vielfältiges und weiterhin dynamisches, aber auch in einem wertenden Sinne eher gemäßigt-optimistisches Bild der Entwicklung der Politischen Kultur der Bundesrepublik. Mit jüngeren 'Trübungen' (...), wie sie potentiell auch die Republikaner und andere Erscheinungsformen der Ausländerfeindlichkeit, der Intoleranz usw. darstellen, sollte daher offensiv argumentativ umgegangen werden. Nicht durch ein stillschweigendes Eingehen auf ihre Forderung oder gar die Übernahme ihrer Parolen, sondern durch ein Meinungsklima, das die relative Isolierung solcher Positionen in bestimmte sozial-strukturelle 'Ecken' und Regionen deutlich macht, läßt sich ihre Bedeutung für die Gesamtheit der Politischen Kultur gering halten« (Berg-Schlosser 1990: 45f).

In einer etwas später veröffentlichten Untersuchung bezeichnen Weidenfeld und Korte (1991) die Deutschen als pragmatisch.

»Der Prozeß der Vereinigung wird eine Generation prägen, die sich mit einer gemeinsamen Perspektive und kollektiver Erinnerung auf die Ereignisse im Umfeld des Einheitsprozesses konstituiert (...). Langfristig kann dies zur Befriedigung kollektiver Identitätsbedürfnisse beitragen; denn die Teilung war - neben dem noch lange nachwirkenden nationalsozialistischen Erbe - ein gewichtiges Element, das die Schwierigkeiten der Bundesrepublik markierte, sich selbst zu begreifen (...). Deutschland wird ein Stück weit europäische Normalität erreichen -

3 Ich beziehe mich auf Veröffentlichungen, die die »Civic Culture«-Tradition fortführen und die sich mit Wertewandel beschäftigen, vgl. Almond/Verba 1963.

eine plural angelegte, offene nationale Identität mit legitimitätsstiftender Kraft (...). Indem die Nation am Ende der Teilung zur Alltäglichkeit wird, kehrt Normalität ein« (ebd: 12).

In einer gleichzeitig veröffentlichten Untersuchung schreiben Fuchs, Klingemann und Schöbel (1991):

»Wenn man - in Anknüpfung an das theoretische Konzept der politischen Kultur - die subjektive Einschätzung der Bürger, Einfluß auf die Politik ausüben zu können, und die Bereitschaft, verfügbare Handlungsformen zu dieser Einflußnahme auch einzusetzen, als Kernelemente einer demokratischen politischen Kultur annimmt, dann kann man überraschenderweise kaum von einem unterschiedlichen Entwicklungsstand in Ost- und Westberlin reden (...). Bei den Bürgern Ostberlins - und vermutlich auch denen der ehemaligen DDR insgesamt - gibt es offenbar auch eine (...) partizipatorische Revolution, ohne daß hier wie in den westlichen Ländern die entsprechenden evolutionären Prozesse stattgefunden haben« (ebd: 45f).

Die Vergangenheit der beiden deutschen Gesellschaften taucht in diesen Darstellungen nur schemenhaft auf. Aus den zitierten Untersuchungen wäre es nicht möglich, die Ereignisse seit dem Fall der Mauer und speziell die Gewaltanwendung, den Rechtsradikalismus und die Bezugnahme auf die NS-Vergangenheit abzuleiten. Keine Spur auch von den Auseinandersetzungen zwischen Gruppen und Schichten, zwischen Ost- und Westdeutschland. Wovon die Medien voll sind, darüber schweigen diese Autoren. Auch in anderen Veröffentlichungen findet man vergleichbare Argumente (Scheuch 1993; Wiegand 1993). Die Tendenz zur Normalisierung der Situation ist unverkennbar.

Nun könnte man einwenden, die Autoren wollten gar nicht diese Ereignisse erklären. Allerdings soll die politische Kulturforschung, ihrer Definition entsprechend, grundlegende, für die Stabilität des politischen und im weiteren Sinne des sozialen Systems entscheidende Merkmale herausarbeiten (vgl. dazu Pappi 1986). Ich vermute, daß die Unfähigkeit, auch nur ein wenig von der Problematik der sich verändernden politischen Kultur im Zuge der Vereinigung zu vermitteln, in bestimmten Defiziten des Ansatzes selbst liegt. Bevor ich mich mit ihnen befaße und die Darstellung ins Prinzipielle wende, möchte ich die Frage beantworten: Ist die politische Kulturforschung, die sich direkt den oben genannten Beobachtungen widmet, eher in der Lage, sie zu erklären? Wie wird hier auf die NS-Vergangenheit Bezug genommen? Welche Erklärungen werden für Gewalt und Neonazismus geboten? Die Beantwortung dieser Fragen erlaubt es, die spezifischen Merkmale der politischen Kulturforschung genauer darzustellen. Ich wende mich deshalb einigen aktuellen Veröffentlichungen zu.⁴

4 Es handelt sich um Artikel aus dem Heft 3/93 der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Ich habe sie deshalb gewählt, weil hier Wissenschaftler zu aktuellen politischen Ereignissen Stellung nehmen und Ergebnisse ihrer laufenden Forschung präsentieren. Die dort dargestellten Ergebnisse und Theorien rechne ich zum »mainstream« soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung.

2.1 Die Rolle des Nationalsozialismus in den Interpretationen der politischen Kultur

Die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus, den wir nicht nur bei den Rechtsextremen, sondern in vielen verschiedenen Kontexten, in denen es um die ehemalige DDR geht, finden, wird von den Autoren kaum kommentiert. Rechtsextremismus wird als ein Phänomen der Moderne betrachtet (Kowalski 1993; Heitmeyer 1993). Er erwächst aus dem Kern hochentwickelter Industriegesellschaften. Es sind keine NS-Relikte, die sich hier zeigen. Rechtsextremismus ist kein spezifisch deutsches Phänomen.

»Das Augenmerk (derjenigen, die eine Kontinuität zwischen NS und BRD nicht ausschließen, T.H.) wird nicht auf die heutigen Rechtsextremisten gerichtet, sondern es wird kurzschlüssig eine Analogie zur NS-Zeit hergestellt und behauptet, die heutigen Rechtsextremisten wollten das NS-Regime wieder errichten, eventuell mit Modernisierungslack (...) Die Ereignisse (Hoyerswerda, Rostock, T.H.) werden als Reminiszenzen der NS-Zeit wahrgenommen« (Kowalski 1993: 16). Es werde übersehen, »daß 'Fascho-Sprüche' noch nichts mit Rassismus und Neofaschismus zu tun haben müssen, sondern gerade bei Jugendlichen oftmals einen mit Orientierungslosigkeit verbundenen verkläuerten Protest darstellen« (Kowalski 1993: 19).

Derartige Analysen blenden in doppelter Weise den Nationalsozialismus aus. Erstens entsprechen die spärlichen Aussagen nicht der Relevanz, die der NS-Vergangenheit im Prozeß der Vereinigung zukommt. In den verschiedensten Kontexten wird ein Vergleich zwischen damals und heute vorgenommen. Der Nationalsozialismus dient als »Modell«, dem man sich in normalisierender (»So schlimm wie damals war es in der DDR nicht«; »Wir ziehen heute aus der Nicht-Aufarbeitung der NS-Vergangenheit die richtigen Lehren«) oder dramatisierender Weise (»Die DDR war viel schlimmer als der NS, weil sie statt zwölf vierzig Jahre dauerte«) bedient. Zweitens zeigen auch die wenigen Interpretationen, die sich überhaupt der Frage des Nationalsozialismus widmen, ein auffälliges Muster: Die Autoren verneinen die Rolle, die der Nationalsozialismus in den politischen Auseinandersetzungen spielt. Die wiedergegebenen Argumente nehmen dem Rechtsextremismus seine kulturelle und politische Besonderheit.

Die Wissenschaftler sind Beteiligte in den Konflikten. Sie gehören zu den »konkurrierenden Kräften und Mächten« (Garland), die durch ihre Deutungen »die politischen Gliederungen real und offiziell werden« lassen (Bourdieu). Mit ihren Deutungen ziehen sie eine Grenze zwischen der NS-Vergangenheit und heutigen Verhältnissen, die eine politische Funktion hat: die Rolle dieser Vergangenheit für null und nichtig zu erklären.

2.2 Die Erklärung von Gewalt und Neonazismus

Im folgenden unterscheide ich zwischen den empirischen Ergebnissen, die es zu erklären gilt, den aktuellen politischen und sozialen Faktoren, die als

unmittelbare Ursachen genannt werden, und den psychologischen und sozialen Gründen, deren Wirkung mittelbar bzw. langfristig ist.

Betrachtet man zunächst die empirischen Befunde, dann stellt man einen erheblichen Anteil unter den Jugendlichen der neuen Bundesländer fest, der in irgendeiner Form Gewalt befürwortet oder zumindest nicht ablehnt. Von den 14-18jährigen Brandenburgs (Sturzbecher/Dietrich 1993) sind 17% für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 (40% machen keine Angabe). 42% befürworten die Parole »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« (26% machen keine Angabe) und 30% den Satz »Die Ausländer muß man aufklatschen und raushauen« (25% machen keine Angabe). In einer Untersuchung in Rostock im Frühjahr 1992, d.h. vor den Attacken auf die Aufnahmeestelle für Asylbewerber ZAST, gaben 43% der Befragten an, von Gewalt gegen Asylbewerber emotional »kaum betroffen« zu sein (Richter/Schmidtbauer 1993). Diese Ende 1991 bzw. Anfang 1992 ermittelten Ergebnissen indizieren nicht eine unmittelbare Bereitschaft, Gewalt anzuwenden. Man muß sie aber auf dem Hintergrund einer breit geführten Diskussion über Gewalt sehen. Die Gewaltlosigkeit der »friedlichen Revolution« ist vielfach gelobt worden. Die Friedensbewegung protestierte sichtbar gegen die Beteiligung des Westens am Golfkrieg. Aus Anlaß von Ereignissen, in denen Gewalt gegen Ausländer angewandt worden ist, wurde Gewalt oft zum Thema gemacht. Gemessen daran ist die Bereitschaft, Gewalt hinzunehmen, unter Jugendlichen und Erwachsenen sehr hoch und widerspricht der Behauptung einer verbreiteten demokratischen Gesinnung, die Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten ausschließt.

Die unmittelbaren Ursachen werden in der Situation in den neuen Bundesländern gesucht. Den Beitrag von Sturzbecher/Dietrich (1993) z.B. durchzieht das Thema Wettbewerb. Die ostdeutschen Jugendlichen befinden sich danach in einer Konkurrenzsituation gegenüber den westdeutschen Jugendlichen, die beruflichen Abschlüsse der erstgenannten werden entwertet. Die Erziehungswerte im Osten - Gehorsam, Hilfsbereitschaft, Höflichkeit, Ordnung, Ehrgeiz - benachteiligen die ostdeutsche Jugend gegenüber der Westjugend, für die Selbständigkeit als oberstes Erziehungsprinzip gilt. Solidarität am Arbeitsplatz - ein Ost-Wert - wird durch Konkurrenz ersetzt. Die Ablehnung von Ausländern ist ebenfalls durch Konkurrenzangst erzeugt. Die Ergebnisse der Untersuchung »stützen die Vermutung, daß nicht Rassismus, sondern Konkurrenzangst auf dem Arbeitsmarkt die bestimmende Ursache der Auländerfeindlichkeit ist...« (Sturzbecher/Dietrich 1993: 40). Die Autoren erklären die Tatsache, daß die Befragten Polen negativere Persönlichkeitseigenschaften zuschreiben als Vietnamesen, mit der Konkurrenz, die jene auf dem Bausektor darstellen.

Ähnlich urteilt Kowalski. Die Wahl rechtsextremer Parteien hängt mit der »plötzlich massiven Zuwanderung von Ausländern oder (mit, T.H.) Problemen im Zusammenleben mit Ausländern« (Kowalski 1993: 23) zusammen. Erklärungen wie diese greifen einfach zu kurz. Die befragten 14-18jährigen haben in den wenigsten Fällen Erfahrung mit Polen auf dem Bau. Vielleicht kann ein Teil von der Erfahrung anderer berichten. Die Vorurteile wären dann jedoch sozial vermittelt. Desweiteren ist es keineswegs ausgemacht, daß die für die ostdeutsche Jugend als typisch bezeichneten Erziehungswerte auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erbringen. Welcher Arbeitgeber wünschte sich nicht hilfsbereite und höfliche Mitarbeiter? Die Ergebnisse von Sturzbecher/Dietrich schließen zwar Rassismus als Ursache von Ausländerfeindlichkeit nicht aus.⁵ Aber worum es mir hier geht, ist folgendes: Die Darstellung legitimiert eine »klassische« Erklärung vom Typ »blaming the victim«. Die Ablehnung der Ausländer wird als das Ergebnis individueller Erfahrung und Konkurrenz dargestellt. Da die Autoren individuelle Aussagen von Befragten wörtlich nehmen, anstatt sie auf die herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Interessen zu projizieren, können sie nur zu dem Schluß kommen, das Problem entstünde »naturwüchsig« aus dem individuellen Erleben. Demgegenüber gilt es zu betonen, daß gesellschaftliche Probleme soziale Konstruktionen sind. Sie haben eine Geschichte, und es sind soziale Akteure, die sie »herstellen« und formulieren. Um das Beispiel der Polen aufzugreifen: Es gibt eine lange Tradition anti-polnischer Vorurteile, die als »Erklärung« für die Situation herangezogen werden können. In einer unveröffentlichten Studie über Vorurteile in der Bundesrepublik, in Frankreich und Großbritannien in den 1950er Jahren, kommt Melvin Tumin zu dem Schluß, das Ausmaß der Vorurteile sei in den drei Ländern etwa gleich, nur die Objekte würden sich unterscheiden: in Deutschland die Polen, in Frankreich die Algerier und in Großbritannien die West-Indier. Ein noch früherer »Zeuge« ist Max Weber, der in seiner Antrittsrede von 1895 das »Polentum« mit dem »Deutschtum« vergleicht und in diesem Zusammenhang den Polen Eigenschaften zuweist, die hart an die Grenze zu Vorurteilen herankommen (Weber 1988).⁶

Das Muster des »blaming the victim« wird bis zu einem gewissen Grad von Richter/Schmidbauer durchschaut. In ihrer Untersuchung in Rostock geben mehr als zwei Drittel der Befragten Konkurrenz um Arbeitsplatz und Wohnung als Grund für die Fremdenfeindlichkeit an. »Distanz und Feindlichkeit gegenüber Asylbewerbern finden in diesem Kontext umso leichter

5 In ihrer Untersuchung wird der Satz »Ausländer raus - Deutschland den Deutschen« ebenso stark bejaht (42%) wie die Vorgabe »Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland« (39%).

6 Ich verdanke den Hinweis auf Weber meinem Kollegen Gerhard Hufnagel.

Nahrung, je stärker der Mythos verbreitet ist, daß Asylbewerber als individuelle Konkurrenten um Arbeit und Wohnung ernsthaft ins Gewicht fallen« (Richter/Schmidtbauer 1993: 52). Die Asylbewerber könnten als (vermeintliche) Konkurrenten ausgeschaltet werden durch einen Prozeß der Delegitimierung, der mit einer Illegalisierung einhergeht.

Die Begriffe »Mythos«, »Delegitimierung« und »Illegalisierung« verweisen auf komplexe politische und soziale Prozesse, die nicht auf direkte Konkurrenz zurückgeführt werden können. Vorurteile mögen in verschiedenen Regionen und sozialen Gruppen unterschiedlich verbreitet sein. Sie werden aber sozial relevant und auf »Opfer« fokussiert erst durch die Aktualisierung von historisch entstandenen, traditionell vermittelten und kulturell gefestigten Vorstellungen. Diese Vorstellungsmuster definieren sowohl eine Situation als »krisenhaft« als auch die Alternativen, die zu ihrer Lösung gebraucht werden sollen. Die Vorstellung vom Ausländer als einer Person, die dem deutschen Arbeiter die Arbeit wegnimmt und die auch unter den schlechtesten Bedingungen zur Arbeit bereit ist, gehört zum »Mythos« der sozialen Konkurrenz. Wenn dann in den verschiedensten Kontexten gesagt wird, Ausländer seien unerwünscht, dann delegitimiert dies deren Ansprüche und Forderungen. Damit kann ein Prozeß der Illegalisierung einsetzen, der mit der Gesetzgebung operiert. Kollektive Vorstellungen wie deren Mobilisierung sind es also, die die politische Kultur ausmachen.

In seiner Analyse der psychologischen und sozialisatorischen Ursachen für Gewalt diagnostiziert Maaz (1993) Parallelen zwischen dem Westen und dem Osten. Die psychischen Wurzeln des Faschismus wurden weder dort noch hier beseitigt. Autoritarismus wurde im Osten politisch-administrativ gestützt, im Westen ökonomisch überformt: gewalttätige Unterwerfung einerseits, manipulierte Anpassung andererseits. »Die Folgen an seelischer Entfremdung und innerem Mangel sind durchaus vergleichbar« (Maaz 1993: 28). Die DDR wird als ein System gezeichnet, in dem die Menschen nur eine Alternative hatten: entweder sich zähneknirschend zu unterwerfen oder an der Macht partizipieren. Psychische Altlasten plus neue soziale Belastungen sind es, die im Osten eine kritische Schwelle überschritten haben. Die Entfremdung von den eigenen Bedürfnissen wendet sich gegen den äußeren Fremden.

»Wir müssen uns auch klar darüber werden, daß dieses Gewaltproblem mit den Asylbewerbern zunächst überhaupt nichts zu tun hat. Wenn sie nicht wären, würden andere Anlässe und Sündenböcke herhalten müssen. Es ist jedoch kein Zufall, daß jetzt vor allem die Asylbewerber Opfer des Terrors werden: Sie halten uns mit ihrer Armut und Not, auch als 'Wirtschaftsflüchtlinge' mit ihrer materiellen Begehrlichkeit, drastisch den Spiegel vor, in dem wir uns selbst in unserer seelischen Armut und der schon vorhandenen oder mit Recht gefürchteten sozialen Not erkennen müßten« (Maaz 1993: 32).

Maaz bietet uns eine Theorie, in der die traditionellen Komponenten einer Erklärung von Vorurteilen, wie wir sie bei Adorno et al. (1950) und Allport (1958) finden - autoritäre Erziehungspraktiken, die zu Rigidität und Repression führen, bzw. die »Ventilfunktion« von Minderheiten -, enthalten sind. Es ist eine Theorie, die in der Sozialisation ihre wichtigste Komponente findet. Die Theorie ist nicht falsch, nur unvollständig. Indem die Aufmerksamkeit allein auf die Sozialisation und psychische Deformationen gerichtet wird, verschwinden die politischen und sozialen Ursachen aus dem Blick.

Heitmeyers Erklärung des Rechtsradikalismus und der gewalttätigen Fremdenfeindlichkeit wiederum beruht auf Annahmen über Individualisierungen sowie die Auflösung von Familie, Politik, Werten und Normen (Heitmeyer 1993). Diese Prozesse stoßen im Osten auf eine Gesellschaft, die eine innere Formierung gewohnt ist. Im Westen dagegen sind die beschriebenen Desintegrationsprozesse die ureigensten Triebfedern gesellschaftlicher Veränderungen. Im Resultat führt dies unter Jugendlichen zu Handlungsunsicherheit, zu Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen und einer Suche nach Gewißheit, was schließlich Gewaltakzeptanz vorbereitet und nationale Zugehörigkeitsbestrebungen fördert. Alles zusammen löst Fremdenfeindlichkeit aus.

Diese Ursachen sind so allgemein, daß alles und damit nichts erklärt werden kann. Die Benennung sozialer Probleme täuscht auch vor, der Autor würde »soziale« und »politische« Ursachen tatsächlich untersuchen. In seinem voluminösen Bericht über rechtsextreme Jugendliche läßt Heitmeyer diese ausführlich zu Wort kommen (Heitmeyer u.a. 1992). Ihre Aussagen werden für »bare Münze« genommen. Der Autor kann nicht umhin, seine Individualisierungs-These zu belegen, da sie bereits in der Methode der Untersuchung angelegt ist.

In den dargestellten Interpretationen von Gewalt, Neonazismus und der Rolle des Nationalsozialismus herrscht eine psychologische und individualistische Perspektive vor. Die Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt werden in Konkurrenz, in Repression und in Angst⁷ lokalisiert. Politische und soziale Ursachen, vor allem das Verhalten von politischen und kulturellen Eliten, die Rolle historisch überlieferter, kulturell gefestigter und aktuell mobilisierter Feindbilder sowie die Instrumentalisierung des Nationalsozialismus im politischen Kampf werden nicht erwähnt. Welchen »Mächten und Kräften« (Garland) nutzen solche »Wahrnehmungskategorien, um die der politische Kampf geht« (Bourdieu)? Mir scheint, daß nur

7 »Angst ist aber bereits dann real, wenn jemand sagt, daß er Angst habe. Keine Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus etc. kommt ohne die Erklärung dieses Phänomens aus« (Heitmeyer 1993: 6).

eine Antwort möglich ist: den politisch herrschenden Gruppen und Schichten. Je geringer die Rolle von Politik und Kultur in den angebotenen wissenschaftlichen Deutungen, desto individualistischer und psychologisierender die Interpretationen; je unhistorischer und von der Vergangenheit unbelastet die Erklärungen, desto geringer ist auch die Gefährdung der Legitimität der neuen politischen Herrschaftsverhältnisse.

Die Unfähigkeit zu einer adäquaten Interpretation der Veränderung der politischen Kultur in Deutschland hat Ursachen, die im Ansatz der politischen Kulturforschung selbst liegen. Fünf Thesen dazu möchte ich zur Diskussion stellen.

3. Gewalt, Rechtsradikalismus und Nationalsozialismus und die Defizite konventioneller politischer Kulturforschung

1. These: Die konventionelle politische Kulturforschung ist ahistorisch. Demgegenüber gilt es, die Historizität der politischen Kultur herauszuarbeiten.

Rechtsradikalismus und Gewalt, die Benutzung nationalsozialistischer Symbole und antisemitische Ausschreitungen kann man nicht verstehen, ohne die wichtigsten Repräsentanten der politischen Kultur eines Landes zu berücksichtigen. In Deutschland ist dies Helmut Kohl. Seitdem er Bundeskanzler wurde, erhielt das Thema »Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit« eine besondere Bedeutung. Die Strategie der »Normalisierung« der Nachkriegszeit beginnt spätestens⁸ mit dem Besuch des Bundeskanzlers in Israel 1984 und mit dem damals kreierte Slogan von der »Gnade der späten Geburt« (vgl. Schwab-Trapp 1992). Hinter diesem Slogan verbargen sich nicht nur ein Interesse daran, den ganzen Ballast der NS-Zeit abzuschütteln, sondern auch klare wirtschaftliche Interessen. Wenn es dem Bundeskanzler gelänge, den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel einen Anschein von Normalität zu geben, dann wäre die Bundesrepublik nicht durch besondere Rücksichten auf Grund des speziellen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern gebunden (Althoff 1992). Dann wäre die Bundesrepublik z.B. auch frei, Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern - eine damals heftig diskutierte Frage.

Das nächste herausragende Ereignis ist Bitburg 1985. Durch den geplanten Handschlag mit dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, der dann von zwei Generälen vollzogen wurde, sollte das Ende der Nachkriegszeit, getarnt als ohnehin längst vollzogene Versöh-

8 Spätestens, weil sich bereits in Reden Kohls vor der Übernahme der Kanzlerschaft die späteren Themen nachweisen lassen.

nung, besiegelt werden. Diese Strategie wird ergänzt durch weitere symbolische Handlungen. Der Bundeskanzler hält seine Weihnachtsreden vor einer Bundesflagge, hierin den US-amerikanischen Präsidenten nachahmend. Er spricht gerne vom Vaterland und vom Patriotismus, und verteilt durch die Bezeichnung »Patriot« an genehme Personen eine symbolische Belohnung. Die einzelnen Schritte verleihen den Veränderungen in der bundesrepublikanischen politischen Kultur eine Richtung. Politische und wirtschaftliche Interessen fließen hier zusammen, die auf Machterhaltung und Selbstlegitimierung einerseits, auf die Ausdehnung von Märkten in den neuen Bundesländern und im Rest der Welt andererseits hinauslaufen. Mit Hilfe dieser Strategie wird die »Definition der Situation« verändert, werden Normen verschoben, Prämien und Sanktionen neu definiert.

Die Diskussion um die Änderung des Art. 16 GG sowie der Streit um die Einsätze der Bundeswehr »out of area« sind ebenfalls vor einem historischen Hintergrund zu sehen, der sich auf die NS-Zeit bezieht. Die Idee, das Grundrecht auf Asyl in das Grundgesetz aufzunehmen, kam im Bewußtsein der Verfolgung von Juden und Andersdenkenden nach 1933 zustande, als diese gezwungen waren, in andere Länder zu flüchten. Ihre Aufnahme - oder besser: die Schwierigkeiten ihrer Aufnahme, z.B. in Frankreich, der Schweiz und den USA - sollten sich für Menschen, die in die Bundesrepublik flüchteten, nicht wiederholen. Mit einer Änderung des Artikels wird deshalb auch ein Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit gezogen. Die Einsätze der Bundeswehr, vor allem die Beteiligung an »Operationen« im ehemaligen Jugoslawien, werden auch auf dem Hintergrund der Aktivität der Wehrmacht in Jugoslawien während des Zweiten Weltkrieges erörtert. In all diesen Fällen werden die Optionen für das gegenwärtige politische Handeln heute von Alternativen bestimmt, die durch historische und politische Prozesse vermittelt sind. Die Auseinandersetzung über die NS-Vergangenheit erfolgt über »Wahrnehmungskategorien« (Bourdieu), die künftiges Handeln legitimieren oder delegitimieren. Der politischen Kulturforschung fehlt dieser historische Bezug.

2. These: Die konventionelle politische Kulturforschung individualisiert politische und soziale Vorgänge. Politische Kultur ist jedoch eine kollektive Erscheinung.

Die Umfrage ist die bevorzugte Methode der politischen Kulturforschung. Die Veränderungen der politischen Kultur nach 1989 können jedoch nicht allein aus den Antworten auf Fragen in *surveys* erschlossen werden. Diese individualistische Sichtweise zeigt ihr Defizit darin, daß sie politische Kultur nicht als ein System von Normen und Werten auf kollektiver Ebene

versteht. Eine Andeutung dieses Sachverhalts findet man übrigens auch bei Berg-Schlosser (1990) - bezeichnenderweise dort, wo der Autor die möglichen Abweichungen vom gezeichneten Bild einer »normalen« politischen Kultur - sie werden normalisierend »Trübungen« genannt - erwähnt. In der Zusammenfassung seiner Untersuchung sind zwei Begriffe enthalten, die so gar nicht in die Definition der politischen Kultur passen und die damit einen Hinweis darauf geben, daß mit dem Begriff auch etwas anderes verstanden werden könnte als individuelle Einstellungen. Die Auseinandersetzung mit den Republikanern, mit Intoleranten und mit Fremdenfeindlichkeit, so der Autor, soll »argumentativ« erfolgen. Es soll ein »Meinungsklima« geschaffen werden, in dem rechtsextreme Einstellungen nicht gedeihen können. »Argumente« und »Meinungsklima« verweisen auf Öffentlichkeit; »Meinungsklima« spricht im dargestellten Kontext Sanktionswirkungen an und verweist damit auf Normen. Ich würde dies als den kollektiven Aspekt der politischen Kultur bezeichnen.

Das kollektive Element kann zunächst darin gesehen werden, daß Handlungen von Individuen und kollektiven Akteuren möglich geworden sind, die früher als undenkbar galten. Das Hissen der sog. Reichskriegsflagge durch einen bekannten Wirtschaftsführer (Karl Dersch)⁹ und die von einem Staatssekretär in Bonn geplante Feier in Penemünde (Erich Riedl)¹⁰ gehören ebenso dazu wie die geplante Änderung des Art. 16 GG. Das Handeln in den genannten Fällen läßt sich nicht allein auf individuelle Einstellungen oder Persönlichkeitsmerkmale, geschweige denn auf deren autonome Änderung nach 1989 zurückführen. Man kann sie auch nicht in einfache Ursache-Wirkungs-Sequenzen einteilen. Die beiden erstgenannten Handlungen haben in erster Linie Symbolcharakter (vgl. Schwab-Trapp 1993) und sind insofern Ursache für andere Handlungen. Sie selbst aber sind Reaktionen auf eine veränderte Stimmungslage in Deutschland.

Dies wird besonders deutlich im Fall der Asyl-Diskussion und der Änderung des Art. 16 GG. Bereits seit Jahren, seitdem die Zahlen der Asylsuchenden zuzunehmen begannen, wird hierzu eine öffentliche Debatte geführt. Sie wurde durch den Wunsch nach möglichst starker Einschränkung der Einwanderung bestimmt, genauer: Es war von Beginn an das Ziel der CDU/CSU und der »Republikaner«, die Grenzen für Asylsuchende dicht zu machen. Durch eine systematische Propagierung dieses Ziels ist es diesen Parteien gelungen, zuerst auf Landes- und kommunaler Ebene nicht nur die Mitglieder der eigenen Partei, sondern auch SPD-Bürgermeister und -Ministerpräsidenten und schließlich die Führung der SPD auf ihre

9 Vgl. »Fälliger Abgang«, in: *Die Zeit* vom 4. Dezember 1992.

10 Vgl. »Schande«, in: *Die Zeit* v. 2.10.1992.

Seite zu ziehen. So ist allmählich die Vorstellung, diese Menschen wolle keiner haben und sie sollten am liebsten abgeschoben werden, entstanden. Erinnert sei an den Wahlspot der »Republikaner« bei der Berliner Wahl zum Abgeordnetenhaus 1989, als zu den Bildern türkischer Gastarbeiter die Melodie des Films »Spiel mir das Lied vom Tod« erklang. Erinnert sei an die »Zählappelle«, die in Kiel und Siegen 1992 veranstaltet wurden - entwürdigende Darstellungen, deren symbolische und faktische Wirkung im umgekehrten Verhältnis zum gewünschten »Spar-Effekt« bei den Sozialausgaben stand. Die Änderung des Art. 16 GG und die vorausgehende Diskussion kann in ihrer Wirkung für den Rechtsradikalismus und die Attacken auf Asylbewerber vermutlich nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die methodische Individualisierung durch die politische Kulturforschung hat deutliche Konsequenzen. Sie nimmt dem Geschehen seinen soziologischen und politischen Gehalt. Eine solche »Definition der Situation« kann den politisch Mächtigen nur recht sein.

3. These: Die konventionelle politische Kulturforschung ist »populistisch«. Es gilt, die Eliten in den Blick zu nehmen.

Die politische Kulturforschung war immer »populistisch«. Die Einstellung von Wählern stand im Vordergrund des Interesses. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Eliten galten immer als demokratisch und liberal (McClosky et al. 1960). Die Eliten mußte man daher nicht untersuchen. Scheuch (1993) und Wiegand (1992) z.B. weisen auf Bevölkerungsumfragen hin, die zeigen, daß ein breites Verständnis für Asylsuchende und Ausländer vorhanden ist.¹¹ Woher aber kommen dann die Attacken auf Asylsuchende und Behinderte, woher dann die antisemitischen Ausschreitungen, die nationalsozialistische Emblematisierung? Die Antwort scheint mir auf der Hand zu liegen: Man muß die Eliten in den Blick nehmen. Die politischen und administrativen Eliten waren aktiv im Hinblick auf die Normalisierung der NS-Vergangenheit und in der Änderung des Art. 16 GG. Inaktiv waren sie, als es um den Schutz von Ausländern ging. Bundesinnenminister Seiters sinnierte im Fernsehen zuerst über das Bild der Deutschen im Ausland, als er sich in Rostock sehen ließ, anstatt für einen effektiven Schutz der potentiellen Opfer zu sorgen. Den Wunsch, auch Bundeskanzler Kohl bei der Beisetzung der in Mölln getöteten Frauen und

¹¹ Die empirischen Ergebnisse sind höchst widersprüchlich. Der Anteil der Bevölkerung, der es gut findet, daß Verfolgte politisches Asyl genießen, ist seit 1988 gestiegen und lag 1992 bei 74% im Westen und 84% im Osten. Aber rd. 64% in beiden Teilen Deutschlands finden, man sollte nur eine begrenzte Zahl von Asylbewerbern aufnehmen. 75% (Ost und West) glauben, die meisten Bewerber mißbrauchten das Asylrecht; vgl. IPOS 1992.

Kinder zu sehen, fertigte er mit dem Wort vom »Beileidstourismus« ab. Auch das Verhalten von Teilen der Medien-Elite ist fragwürdig. Nach den Ausschreitungen von Rostock schrieb F.K. Fromme in der FAZ vom 25. August 1992:

»Wird ein Anteil von fremdartigen, sich an die Sitten des Landes nicht einmal ansatzweise anpassenden Zuwanderern erreicht, die zudem in ihrer großen Mehrheit den Namen Asylbewerber nicht verdienen, und schafft es der Staat nicht, solche Leute nach kurzer Zeit abzuschieben oder besser gar nicht erst ins Land zu lassen, gibt es Eruptionen bei einer Bevölkerung, die selbst innerlich Asyl suchen möchte auf einer sozialstaatlichen Insel der seligen Sicherheit«.

In einer Sendung von RTL im Sommer 1992, »Heißer Stuhl« betitelt, wurde Daniel Cohn-Bendit zum Thema Ausländer und Einwanderung mit einer Gruppe von rechtsradikalen Rassisten konfrontiert. Fromme und Kracht (der Leiter der RTL-Sendung) repräsentieren spezifische politische Kulturen und institutionelle Interessen - der eine die bürgerlich-konservative Kultur, der andere die Kultur des Massenpublikums. Der eine ist bemüht, traditionelle Normen und Werten zu stärken, der andere versucht, die normativen Grenzen zu überschreiten. Aber beide tragen zur Verfestigung von Vorurteilen bei.

Bourdieu (1992a: 81ff) spricht von einer »Komplizenschaft« bei der Erzeugung von legitimen Wahrnehmungsweisen und Weltbildern. Keine Komplizenschaft ohne diejenigen, die die Sichtweisen übernehmen sollen, aber auch nicht ohne die »Wort-Führer« (Bourdieu), die sie prägen. Da politische Kultur öffentlich ist und kollektive Geltung besitzt, kommt es für die Forschung darauf an, die »Wort-Führer« in den Blick zu nehmen.

4. These: Die konventionelle politische Kulturforschung setzt auf Evolution. Die treibenden Kräfte in der Veränderung einer politischen Kultur sind jedoch Konflikte.

Evolution ist das Paradigma der politischen Kulturforschung. Zeitweilig kann die politische Kultur zurückgeworfen werden. Aber da der zentrale Mechanismus der Vermittlung der politischen Kultur Sozialisation und Lernen im weitesten Sinne ist, werden sich die Einstellungen langfristig zum demokratischen Ideal hin entwickeln.

Die Individualisierung von rechter Gewalt und das evolutionäre Paradigma haben eine gemeinsame Folge: Der Rechtsextremismus wird als ein Problem für Sozialarbeit und Pädagogik definiert. Die Rechtsextremen suchen Gemeinschaft, Ordnung und straffe Führung.

»Das erfordert von jeder denkbaren Sozialarbeit eine riesige Anstrengung« (Maaz 1993: 31). »Die pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen steckt noch in den Kinderschuhen, neue Konzepte müssen erarbeitet werden« (Kowalski 1993: 25). »Sie (die Probleme der Jugendlichen im Osten, T.H.) werden sich, entsprechende Hilfen - angefangen von Jugendbe-

schäftigungsprogrammen bis hin zur individuellen Beratung - vorausgesetzt, mit der individuellen Entwicklung der Betroffenen lösen bzw. im gesellschaftlichen Maßstab mindern« (Sturzbecher/Dietrich 1993: 43).

Die Analysen, die ich zitiert habe, enthalten bezeichnenderweise kaum etwas über Politik. Heitmeyer (1993) macht zwar eine Reihe wichtiger Beobachtungen über Politikdefizite und über institutionell verankerte Widersprüche: z.B. über die Gewerkschaften und Kirchen, die in ihrem Handeln gegen Ausländerfeindlichkeit »paralysiert« sind, weil sie auf die Interessen ihrer Klientel - worunter sich kaum Ausländer befinden, aber viele, die diese loswerden wollen - Rücksicht nehmen müssen; Feststellungen wie diese gehören jedoch zu den Ausnahmen, sie werden nicht in die Theorie integriert. Kowalski (1993), der sich mit »linken Strategien« gegen den Rechtsextremismus beschäftigt und alle als defizitär stempelt, reitet im Grunde eine Attacke gegen »die« Linke. Er benutzt den Rechtsextremismus, um eine politische Schlacht zu schlagen.

Nationalismus und Rechtsradikalismus, Gewalt und die Nutzung von NS-Symbolen sind Teil von Konflikten, in denen kollektive Akteure, d.h. Mitglieder der Eliten, Interessen verfolgen. Sie müssen ihre Klientel mobilisieren und an sich binden. Ein wichtiges Mittel ist die Produktion von Deutungen und Situationsdefinitionen. Ihnen zu Hilfe kommen Sozialwissenschaftler, auch wenn ihre Rolle oft marginal ist. Die wissenschaftliche Deutung von politischer Kultur ist selbst Teil einer Auseinandersetzung um die veränderte politische und soziale Situation.

5. These: Die konventionelle politische Kulturforschung trägt ihren Namen zu unrecht, denn sie beschäftigt sich nicht mit Kultur.

Läßt man die Veröffentlichungen Revue passieren, die zum Kern der politischen Kulturforschung gehören, dann stellt man fest, daß der Begriff Kultur nie einer ernsthaften Analyse unterzogen worden ist. Er soll vermutlich bedeuten, daß es sich hierbei um schwer faßbare, undeutliche Einstellungen handelt, die nicht unbedingt dem unmittelbar politischen Bereich entstammen. In dem Projekt über NS-Konflikte nach 1945 haben wir versucht, dem Begriff »politische Kultur« einen angemessenen Inhalt zu geben. »Politische Kultur« ist die Bedeutung, die man politischen »Objekten« zuweist (vgl. Geertz 1973). Nur aus dieser Perspektive heraus hat die Ermittlung von Einstellungen und Wahrnehmungen einen Sinn, nicht aber unter alleiniger Bezugnahme auf die Sozialisation.

Die Relevanz der NS-Zeit in diesem Zusammenhang besteht heute darin, gegenwärtigen Ereignissen, Personen und Institutionen eine Bedeutung zu geben. Diese Bedeutung, oder besser: Bedeutungen sind öffentlich zu-

gänglich. Sie werden durch Wissenschaftler, durch Medien, durch politische Stellungnahmen, durch Gesetzesvorhaben und durch juristische Prozesse erzeugt. Sie liefern die Argumente, die zur Interpretation der Vergangenheit genutzt werden. Akteure werden dadurch in ihrem Handeln beschränkt. Nicht jegliches Argument gilt, sondern nur die »gängigen« Topoi. Sie üben einen »Zwang« auf die Handelnden aus - ähnlich, wie Durkheim sich die Wirkung des »Kollektivbewußtseins« vorgestellt hat.

Der entscheidende Unterschied zwischen Durkheims und unserer Auffassung ist, daß Bedeutungen strittig sind. Spezifische Interessen knüpfen sich an verschiedene Interpretationen. Ein durchgehender Interessenstandpunkt wird durch die herrschende Elite repräsentiert. Für sie gilt seit jeher, daß die NS-Vergangenheit überwunden ist. Nur die positive Bezugnahme zählt, z.B. der Hinweis auf die geleistete Wiedergutmachung oder auf die »Lehren aus der Geschichte«, die man gezogen hat. Daran knüpfen sich Prozesse der Legitimation der bestehenden Ordnung. In Zeiten wirtschaftlicher oder sozialer Probleme werden »bewährte« Erklärungen und Argumente zur Deutung der Situation herangezogen. Diese Erklärungen, so mein Plädoyer, sollten der Gegenstand einer ernstzunehmenden politischen Kulturforschung sein.

Literatur

- Adorno, T.W., Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford 1950: *The Authoritarian Personality*, New York
- Allport, Gordon W. 1958: *The Nature of Prejudice*, Garden City, New York
- Almond, Gabriel A. 1980: The Intellectual History of the Civic Culture Concept, in: Almond, Gabriel A. and Sidney Verba (Eds.): *The Civic Culture Revisited*, Boston, S. 212 - 272
- Almond, Gabriel A. and Sidney Verba 1963: *The Civic Culture*, Princeton
- Althoff, Martina 1993: *Die symbolische Ökonomie politischer Konflikte. Eine Diskursanalyse des Streits um Helmut Kohls Israelreise 1984*, vervielf. Ms., Siegen
- Berg-Schlosser, Dirk 1990: Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 7/90*
- Berg-Schloßer, Dirk/ Jakob Schißler 1987: Politische Kultur in Deutschland. Forschungsgegenstand, Methoden und Rahmenbedingungen, in: Berg-Schloßer, Dirk und Jakob Schißler (Hrsg.): *Politische Kultur in Deutschland*, Opladen, S. 11 - 26
- Bergmann, Werner und Rainer Erb 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung, in: *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38: S. 223-246
- Boumann, Heiko 1992: *Der »Fall Globke«: Entstehung und Wandlung eines NS-Konfliktes*, vervielf. Ms., Siegen
- Bourdieu, Pierre 1990: *Was heisst sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tauschs*, Wien
- Bourdieu, Pierre 1992a: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, Hamburg
- Bourdieu, Pierre 1992b: *Rede und Antwort*, Frankfurt/M.
- Conradt, David P. 1980: Changing German Political Culture, in: Almond, Gabriel A. and Sidney Verba (Eds.): *The Civic Culture Revisited*, Boston/Toronto, S. 212 - 272
- Dalton, Russel J. 1989: *Politics in West Germany*, Glenview
- Durkheim, Emile 1986: *De la division du travail social*, Paris

- Fuchs, Dieter, Hans-Dieter Klingemann, Carolin Schöbel 1991: Perspektiven der politischen Kultur in vereinigten Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/91, S.35 - 46
- Garland, David 1991: *Punishment and Modern Society*, Oxford
- Geertz, Clifford 1973: Thick Description. Toward an Interpretive Theorie of Culture, in: ders. *The Interpretation of Cultures*, New York, S. 3 - 31
- Heitmeyer, Wilhelm 1993: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B2-3/93, S. 1 - 13
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. 1992: *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie*, Weinheim und München
- Inglehart, Ronald 1971: The Silent Revolution in Europe. Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *American Political Science Review* LXV, S. 991-1017
- IPOS 1992: *Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1992 in Deutschland*, Ms., Bonn
- Kowalski, Wolfgang 1993: Rechtsextremismus und Anti-Rechtsextremismus in der modernen Industriegesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B2-3/93, S. 14 - 25
- Lepsius, M. Rainer 1988: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: M. Haller, H.-J. Hoffmann-Nowotny und W. Zapf (Hrsg.): *Kultur und Gesellschaft*, Frankfurt/New York, S. 247-254
- Maaz, Hans-Joachim 1993: Gewalt in Deutschland. Eine psychologische Analyse, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B2-3/93, S. 26 - 32, ders. 1990: *Der Gefühlsstau*, Berlin
- McClosky, Herbert, Paul J. Hoffmann, und Rosemary O'Hara 1960: Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers, in: *The American Political Science Review* LIV, S. 406 - 427
- Pappi, Franz 1986: Politische Kultur, in: Kaase, Max (Hrsg.): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*, Opladen, S. 279 - 291
- Richter, Karl-Otto/Bernhard Schmidtbauer 1993: Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B2-3/93, S. 44 - 54
- Scheuch, Erwin K. 1993: »Niemand will gern zur Minderheit gehören«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. Februar
- Schwab-Trapp, Michael 1991: *Entwurf eines Interpretationsrahmens zur Erklärung sozial relevanter Aspekte des Umgangs mit der NS-Vergangenheit*, vervielf. Ms., Siegen
- Schwab-Trapp, Michael 1992: *Die argumentative Austragung von NS-Konflikten und ihre Beziehung zur politischen Kultur. Eine Fallanalyse*, vervielf. Ms., Siegen
- Schwab-Trapp, Michael 1993: *NS-Konflikte. Auseinandersetzungen um Interpretationsherrschaft. Überlegungen zur symbolischen Dimension politischer Konflikte*, Ms., Siegen
- Sturzbecher, Dietmar/ Peter Dietrich 1993: Jugendliche in Brandenburg. Signale einer unverstandenen Generation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B2-3/93, S. 33 - 43
- Weber, Max 1988: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, in: *Gesammelte politische Schriften*, hrsg.v. J. Winckelmann, Tübingen (5. Aufl.).
- Weidenfeld, Werner, Karl-Rudolf Korte 1991: Die pragmatischen Deutschen. Zum Staat- und Nationalbewußtsein in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/91, S.3-12
- Wigand, Erich 1992: Zunahme der Ausländerfeindlichkeit?, in: *ZUMA-Nachrichten* 16, Nr. 31, S. 7 - 28